



AUSSENSICHT

Alexandra Weiss
über Johanna Dohnal
und ökonomische
Unabhängigkeit von Frauen

Eine Partei für die Frauen?

Am 5. November 1979 wurden Johanna Dohnal und Franziska Fast als frauenpolitische Staatssekretärinnen der Regierung Kreisky angelobt. Erstmals wurde Frauenpolitik staatliches Politikfeld und auf Regierungsebene verankert. Die Reformen der 1970er- und 1980er-Jahre holte die politische Regulierung der Geschlechterbeziehungen endlich ins 20. Jahrhundert.

Dies und die Arbeit Dohnals – das Staatssekretariat von Fast wurde bereits 1983 wieder aufgelöst – führten dazu, dass sich die SPÖ als „Partei für die Frauen“ etablierte. Frauen wurden als eigenständige Personen und nicht nur in ihrer Funktion in der Familie adressiert. Dass Frauen Interessen jenseits der Familie haben sollten, dass männliche Gewalt, unbezahlte Hausarbeit, eine patriarchale Sexualkultur und vieles mehr thematisiert wurde, galt damals als Skandal.

Vieles hat sich seither zum Besseren gewendet, gleichzeitig gibt es Beharrungstendenzen – die Entwicklungen sind widersprüchlich. Angesichts der Verschärfung sozialer Ungleichheit – auch zwischen den Geschlechtern – verwundert aber die beharrliche Nicht-Thematisierung von grundlegenden frauenpolitischen Fragen – zuletzt im Nationalratswahlkampf 2019.

Keine der politischen Parteien griff die prekäre Lage vieler Frauen ernsthaft auf – seien es die immer noch eklatanten Einkommensunterschiede, die ungleiche Verteilung der unbezahlten Arbeit, die fehlenden sozialen Dienste oder die skandalöse Pensionsreform der ersten schwarz-blauen Regierung, die für viele Frauen einer programmierten Altersarmut gleichkommt. Was viele nicht (mehr) zu begreifen scheinen, ist, dass Gleichstellungspolitik ohne Sozialpolitik für den Großteil der Frauen kaum Relevanz besitzt. 40 Jahre nach der Institutionalisierung von Frauenpolitik und zum 80. Geburtstag Johanna Dohnals, der Pionierin österreichischer Frauenpolitik und ersten Frauenministerin, gilt es zu erinnern, dass ökonomische Unabhängigkeit Grundvoraussetzung demokratischer Geschlechterverhältnisse ist. Angesichts der gegenwärtigen Lage braucht es dringend wieder eine „Partei der Frauen“.

Alexandra Weiss ist Politikwissenschaftlerin an der Universität Innsbruck

PISMESTROVIC



British Comedy

KARIKATUR: PETAR PISMESTROVIC



ESPRESSO

Betreff: Warum die teuerste Uhr der Welt keinen Neid weckt

Das Kleingeld am Handgelenk

Letztens in einem bunten Magazin geblättert. Darin eine Werbung für Uhrbänder entdeckt. Reflexhaft auf dem Umschlag nachgeschaut: Doch doch, es war ein aktuelles Heft. Und dennoch wirkte das Inserat wie aus der Zeit gefallen, als würde da jemand für Frisiercreme, Suppenwürze, Farbfilm.

Man sieht ja kaum noch Leute mit Uhr, die meisten nutzen zum Zeitmesen ihr Handy. Abgesehen von jenen, die am Handgelenk die Info spazieren tragen, dass sie das Kleingeld für eine

Rolex, Chopard, Hublot übrig haben. Oder für etwas mehr: 50 Millionen Euro, las man jüngst, kostet die teuerste Uhr der Welt. Die ist 110 Karat schwer, weil über und über mit weißen, gelben, blauen, pinken, grünen Diamanten besetzt, und echt irre hässlich. Und nein, aus diesem Urteil spricht nicht der Neid. Den müsste man zum Glück nur haben, wenn Leute, die sich eine derart teure Uhr leisten können, auch von einem weit kostbareren Gut namens Zeit mehr besäßen.

Ute Baumhackl

LICHTBLICK

Gesundheitstelefon österreichweit

Nach einigen Nachbehandlungen geht es dem Gesundheitstelefon gut.

Anlaufschwierigkeiten ist vielleicht die Untertreibung des Jahres für das steirische Gesundheitstelefon, das es seit April gibt: zu wenige Ärzte, zu lange Wartezeiten. Mittlerweile sind die Dinge ins Laufen gekommen und zunehmend gut eingespielt: Wartezeiten von durchschnittlich nur acht Sekunden, am Wochenende von 22 bis 25 Sekunden sind ein Beleg dafür. Seit Kurzem gibt es das Gesundheitstelefon 1450 sogar österreichweit aktiv.

Bei der Zahl der teilnehmenden Ärzte gibt es laut Gesundheitsfonds in der Steiermark zwar noch Luft nach oben – in einzelnen Problemregionen können an den Wochenenden noch nicht alle Dienste abgedeckt werden. 480 Mediziner haben sich gemeldet, tatsächlich aktiv sind aber nur 280. Aber wo ein Lichtblick, da kann es eben auch noch Schatten geben. In anderen Regionen des Landes gibt es dafür bereits jetzt eine hundertprozentige Abdeckung.